

Omnibus-Fahrtbericht Sept. 1998

Liebe Freundinnen und Freunde,

mit dem Arbeitsbericht wollen wir Ihnen zweimal jährlich eine Übersicht über den Stand der Projekte der Omnibus gGmbH geben. Dies soll möglichst kurz und übersichtlich geschehen. Inhaltlich sind die Projekte ausführlich in der Unternehmensbeschreibung des Omnibus dargestellt.

Herzliche Grüße!

10 Jahre Omnibus gGmbH!

Heute vor genau 10 Jahren wurde die Omnibus - gGmbH mit der Aktion "Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland" auf der dokumenta 8 in Kassel 1987 begründet. Der OMNIBUS fuhr durch Deutschland von Ort zu Ort und informierte über das Prinzip der VOLKSABSTIMMUNG. Die Fahrt des Omnibus ist beendet. In Gestalt einer ruhenden Skulptur wird der Omnibus im Frühjahr 1999 in Ifta an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze für immer abgestellt. Damit tritt die Omnibus - gGmbH in eine neue Phase.

Interne Organisation der Omnibus gGmbH

Im August diesen Jahres sind Brigitte Krenkers und Thomas Mayer nach Kempten umgezogen. Dies aus privaten Gründen, um Mietkosten zu sparen und in der Erwartung auf ein geräumiges Büro für die Omnibus gGmbH.

Damit tritt auch eine räumliche Entflechtung der "Omnibus gGmbH" und dem Verein "Mehr Demokratie e.V." ein.

Grundkonsens der Mitarbeiter und Mitglieder von Mehr Demokratie e.V. ist die Verwirklichung der Direkten Demokratie durch Volksabstimmungen auf allen Ebenen. Die Unternehmungen der Omnibus gGmbH gehen einen Schritt weiter. Wir werden weiterhin im Verein Mehr Demokratie e.V. tätig sein (Thomas Mayer ist Geschäftsführer von Mehr Demokratie e.V.) und parallel dazu Schritt für Schritt die Unternehmungen des Omnibus ausbauen.

Bisher erhalten wir die Hälfte unserer Lebenshaltungskosten (ca. 2.000,00 DM/Monat) von Mehr Demokratie e.V.. Die andere Hälfte muß durch die Omnibus-gGmbH finanziert werden. Wir wollen dazu den bestehenden Förderkreis ausbauen und für konkrete Projekte Stiftungsgelder beantragen.

Aktuelle Daten:

Gesellschafter: Johannes Stüttgen, Thomas Mayer, Brigitte Krenkers

Geschäftsführer: Thomas Mayer

Förderkreis: 30 Mitglieder /monatl. 495,- DM

Büros: Kempten, München, Düsseldorf

Sitz der Gesellschaft: Düsseldorf

Aufstellung der Skulptur "Omnibus" am Baumkreuz bei Ifta, Thüringen

Ziel: • Der Omnibus soll mit Erde gefüllt an der ehem. deutsch-deutschen Grenzen im

Rahmen des "Baumkreuz" von "Kunst und Wirtschaft erweitert gGmbH" als Skulptur aufgestellt werden.

- Dies als Zeichen des Willens der Menschen nach wirklicher Demokratie und die zukünftigen Omnibusprojekte.

Was ist bisher passiert?

Die Gemeinde Ifta unterstützt den Bauantrag, der zur Zeit in Bearbeitung ist. Im August haben Thomas Mayer, Bernd Burkhardt und Ingo Eickel den Omnibus ausgebaut (Motor, Verkleidungen, etc.) und damit für die Aufstellung vorbereitet. Die Wilhelmi-Werke Lahnau haben die Produktion der notwendigen Stahlträger zugesagt.

Wie geht es weiter?

Nach der Baugenehmigung wird der Betonsockel gebaut und der Omnibus aufgestellt. Da für einige Arbeiten Firmen beauftragt werden müssen, besteht ein Finanzierungsbedarf von ca. 26.000,- DM. Diese wollen wir durch eine Stiftung, Spenden und Förderer decken. Die Aufstellung des Omnibus wird voraussichtlich im Frühjahr 1999 stattfinden.

Bürgerentscheid Juni 1999: München aus der Schuldenfalle - für Bürgerbeteiligung und Transparenz in der städtischen Finanzplanung

Ziel: • Schaffung von neue Ideen- und Motivationsquellen, um München aus der Schuldenfalle zu holen.

- Reform der deutschen Kommunalverwaltungen durch Bürgerbeteiligung und Transparenz in der kommunalen Finanzplanung.
- Verwandlung der Verantwortungslosigkeit und des Egoismus gegenüber staatlichen Finanzen.

Was ist bisher passiert?

Nach über zwei Jahren Vorbereitungszeit wurden bis August 1998 ca. 32.300 Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt. Diese Unterschriftensammlung war für uns ein gewaltiger Kraftakt. Über Monate waren wir täglich auf Münchens Straßen. Viele Freundinnen und Freunde aus anderen Städten haben uns geholfen. Alle Münchner Parteien sind bisher auf Distanz, da sie Machtverluste fürchten.

Wie geht es weiter?

Der Bürgerentscheid wird im Juni 1999 stattfinden. Bis Jahresende wollen wir ein Feinkonzept für die Umsetzung der Maßnahmen des Bürgerbegehrens erstellen, um inhaltlich in der Führung zu bleiben. Die Monate vor dem Bürgerentscheid werden ausschließlich der Informationsarbeit gewidmet sein. Geplant sind bislang u.a.: Aufstellung von Plakaten, Verteilung einer Infozeitung, aktive Pressearbeit, Infostände und Infoabende, etc.. Ein bislang ungelöstes Problem ist die Finanzierung dieser Arbeit. Für die Produktion der Werbematerialien, Kauf der Plakatständer und Honorar für Thomas Mayer (der vier Monate lang nichts anderes machen kann) werden ca. 43.000,- DM benötigt. Für uns ist es jetzt das Wichtigste, daß dieser Bürgerentscheid erfolgreich ist. Denn damit wird auch das Kraftfeld für die weiteren Projekte geschaffen.

Volksbegehren in Schleswig-Holstein: Schule in Freiheit

Ziel: • Befreiung der Schulen vom staatlichen Gängelband.

- Bewahrung der Schulen vom Gängelband des privaten Kommerz.
- Vielfalt und Innovationen in der Bildung durch pädagogische und organisatorische Autonomie der Bildungseinrichtungen.
- Wettbewerbsgleichheit zwischen freien und staatlichen Bildungsträgern.

Was ist bisher passiert?

Die AMS - Aktion Mündige Schule e.V., initiiert von Henning Kullak-Ublick aus Flensburg, sammelte bis Mai 1998 ca. 37.000 Unterschriften für die Volksinitiative. Anfang September erklärte der Kieler Landtag die Volksinitiative für "verfassungswidrig", so daß jetzt das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden muß. Rechtlich ist die Landtagsreaktion nicht nachzuvollziehen, es war eine politische Entscheidung, denn den großen Parteien ist die Volksinitiative sehr unangenehm.

Wie geht es weiter?

Nach der Gerichtsentscheidung wird das Volksbegehren stattfinden (vermutlich im Jahr 2.000), zu dem sich ca. 110.000 Bürgerinnen und Bürger (= 5%) eintragen müssen, damit es zum Volksentscheid kommt. Die Zeit bis dahin wird für den notwendigen Netzwerkaufbau verwendet. Die Omnibus gGmbH unterstützt die Volksinitiative durch Beratung in der Kampagnenorganisation sowie der Erstellung der Argumentation und Materialien.

Volksbegehren von Mehr Demokratie: Ausbau der Direkten Demokratie

Ziel: • In möglichst vielen Bundesländern sollen praktikable Regelungen der Volksabstimmung erreicht werden.

- Nach dieser Aufbauphase auf Bundeslandsebene wird im Frühjahr 2001 die Kampagne zur Einführung der Volksabstimmung auf Bundesebene starten.

Was passiert?

Im März trugen sich 220.000 Bürgerinnen für die Volksbegehren Mehr Demokratie in Hamburg ein, am 27.9.1998 findet dazu die Volksabstimmung statt. Weitere Volksbegehren für Mehr Demokratie werden 1998 in Bremen (ist zwischenzeitlich vor dem Verfassungsgericht gelandet), Berlin, Baden-Württemberg, Bayern (Erleichterung von bayernweiten Volksbegehren, Schutz des kommunalen Bürgerentscheids sowie Demokratisierung der Richterwahl) und NRW eingeleitet. Weitere Länder werden nächstes Jahr folgen. Die Gesellschafter der Omnibus gGmbH arbeiten aktiv an diesen Volksbegehren mit.

Bürgerbegehren in München: Stiftung Bodenfreiheit

Ziel: • Befreiung der Bodennutzung von der Spekulation.

- Gründung einer gemeinnützigen Stiftung zur Neutralisierung von wirtschaftshemmenden Boden-Spekulationsgewinnen sowie Verbilligung und Optimierung der Bodennutzung.
- Schaffung einer langfristigen und stabilen Finanzierungsquelle für soziale Aufgaben in München.

Was ist bisher passiert?

Es wurde das Grundkonzept des Bürgerbegehrens entwickelt und Literatur gesichtet.

Wie geht es weiter?

Bis Jahresende soll geklärt werden, wie die weitere inhaltliche Ausarbeitung des Bürgerbegehren (Umsetzungsstudie) organisiert werden kann. Dies ist ein Forschungsprojekt von mindestens einem Mann/Frau-Jahr. Mit dem Bürgerbegehren wird voraussichtlich im Jahr 2003 begonnen werden. (Früher geht es nicht, da die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung Priorität hat.)

Bürgerbegehren in München: Zahlungsnetzwerk Kaufkraft-Geld

Ziel:

- Befreiung der Geldnutzung von der Spekulation.
- Mehr Kaufkraft und Ankurbelung der Wirtschaft durch zinsfreie Kredite und beschleunigten und regionalisierten Geldfluß; dadurch weniger Arbeitslose und mehr Steuereinnahmen.
- Umschuldung der verzinsten Kredite der Stadt München (ca. 8 Mrd.) auf zinsfreies München-Geld. Dadurch Einsparungen für die Stadt München von jährlich ca. 400. Mill. DM.
- Öffentlicher Lerneffekt: Die Geldordnung ist kein Naturgeschehen, sondern von Menschen gemacht und damit gestaltbar.

Was ist bisher passiert?

Es wurde das Grundkonzept des Bürgerbegehrens entwickelt und Literatur gesichtet. Norbert Olah will - auf Grundlage der Vorarbeiten von Prof. Dieter Suhr und Wilhelm Schmudt - die weitere inhaltliche Ausarbeitung in einem Forschungsprojekt durchführen. Um dies zu ermöglichen, haben wir einen ABM-Antrag vorbereitet.

Wie geht es weiter?

(siehe oben: Stiftung Bodenfreiheit)

Volksbegehren in Bayern: Gemeindefreiheit

Ziel: • Weitgehende Unabhängigkeit der Gemeinden und Städte vom Land durch kommunale Finanzautonomie und mehr Entscheidungskompetenzen.

- Verwandlung des hierarchisch-zentralistischen Staatsgebildes in dezentrale öffentliche Unternehmen. Damit Zurückführung des Staates zu den Menschen.

Was ist bisher passiert?

Thomas Mayer hat im Frühjahr 1998 versucht, einen wichtigen Baustein dieses Volksbegehren, das "Konnexitätsprinzip" (d.h. staatliche Auftragsarbeiten muß der Staat auch voll bezahlen) in das neu anlaufende Mehr-Demokratie Volksbegehren "Schutz des Bürgerentscheids" in Bayern einzubauen. Hier machte uns jedoch das bayerischen Innenministerium einen Strich durch die Rechnung, da es androhte, den Verfassungsgerichtshof anzurufen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Wie geht es weiter?

Der Gesetzentwurf für dieses Volksbegehren ist sehr kompliziert. Deshalb bedarf es einer besonders gründlichen inhaltlichen Vorbereitung. Diese wollen wir bis Mitte 1999 organisatorisch auf den Weg bringen. Mit dem Volksbegehren wird voraussichtlich im Jahr 2004 begonnen werden.

Bundesweites Volksbegehren: Steuerfreiheit

Ziel:

- Die Steuerzahler sollen Einfluß auf die Verwendung ihrer Steuern erhalten und einen bestimmten Betrag ihrer Steuerlast direkt an gemeinnützige Unternehmen vergeben können.
- Gemeinnützige Aufgaben sollen von menschlichen Verbindungen, anstatt durch bürokratische zentrale Strukturen getragen werden.
- Das Monopol der staatlichen Unternehmen soll beendet werden. Der Dritte Sektor soll eine reale Finanzierungsquelle erhalten.

Was ist bisher passiert?

Die Grundidee wurde entwickelt.

Wie geht es weiter?

Da dieses Volksbegehren auf Bundesebene durchgeführt werden muß, kann es erst nach der Einführung der bundesweiten Volksabstimmung gestartet werden.